

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preisprophet Nr. 976

Mit der Wöchentlichen Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Preisprophet Nr. 976

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des laufenden Tages und in der Expedition, Postfach Nr. 80/82, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.50. Monatlich 50 Cts. — Bestellungen Nr. 105/106, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die monatliche Beilage oder deren Raum 10 Cts. für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsbewerbungen nur 10 Cts. auswärtige Anzeigen 20 Cts. — Befehle für die nächste Nummer müssen bis zum Vortage, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Donnerstag, den 2. März 1905

12. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“

Berlin, den 28. Februar 1905.

151. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Pauli-Posadowsky (R.): Die Sozialpolitik ist gut, aber sie darf nicht übertrieben werden (Bravo! rechts); sonst wird die Belastung des Mittelstandes zu groß und die Konkurrenz gegenüber dem Auslande zu schmerzhaft. Und der Arbeiter wird durch Ausschüttung auf eine Rente in der freien Entfaltung seiner Kräfte gehindert. Die Strafanstalt macht dem Handwerker unlautere Konkurrenz, indem sie die Ware unter die Kosten des Materials verkauft. Industrie muß sein, sie darf uns Handwerker aber nicht ruinieren. (Bravo! rechts.) Die Spinnstange wird nicht so oft unterbrochen, wie der Kollege Erzberger behauptet. Wie gering die Einnahmen im Handwerk sind, geht unter anderem daraus hervor, daß ein Berliner Meister hat nachweisen können, daß er für das ganze Jahr nur ein Einkommen von 4 Mk. gehabt hat. (Hört! hört! rechts.) Die Warenhäuser für Offiziere und Beamte tun dem Mittelstand schweren Schaden. Es wird viel Schwundel getrieben. Manche Leute verschaffen sich eine ganze Ausstattung, ohne sie zu bezahlen. Den Befähigungsnachweis für das Handwerk müssen wir durchsetzen haben. Eine scharfe Grenze zwischen Fabrik und Handwerk zu ziehen, ist dringend notwendig, schon um der doppelten Besteuerung vieler Betriebe zugunsten der Handelskammer und der Handelskammer entgegen zu treten. Ich bitte dringend, die sozialdemokratische Resolution abzulehnen, die die Unternehmer mit Strafe bedroht, wenn sie sich verabreden oder vereinigen, um den Arbeitern wegen Ausübung des Koalitionsrechts das Fortkommen zu erschweren. Das ist ein schwerer Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Unternehmer, die durch die Arbeiterorganisation gestört sind, gegen diese Front zu machen. (Bravo! rechts.)

Sichhoff (SP.): Mein Freund Mugdan wird auf die allgemeine Sozialpolitik eingehen, ich beschränke mich darauf, die Resolution betr. Zulassung der Oberrealschulabiturienten zum medizinischen Studium zu begründen, die ich zusammen mit Herrn Dr. Deumer eingebracht habe. Die Frage ist keine politische und die Resolution ist auch von zahlreichen Mitgliedern anderer Parteien unterstützt worden. Das Monopol der humanistischen Gymnasien, das seit Jahrhunderten schwer auf dem deutschen Schulwesen lastet, muß in ganz Deutschland beseitigt werden. Es liegt kein Grund vor, den Oberrealschulabiturienten den Zutritt zum medizinischen Studium zu verweigern, zumal man doch schon den Abiturienten der Realgymnasien die Zulassung gewährt hat. Wenn das humanistische Gymnasium für das Studium der Theologie und der klassischen Philologie die geeignete Grundlage abgibt, so ist die Oberrealschule zur Vorbereitung für das ärztliche Studium besonders geeignet. Gemäß sind Kenntnisse des Lateins notwendig für die Mediziner, aber es ist gleichgültig, wie sich der Kandidat diese Kenntnisse erwirbt. Der Einwand, daß der Zutritt zum medizinischen Studium durch die Zulassung der Realschulabiturienten vergrößert werden wird, ist hinfällig; die Zahl der Studierenden ist keineswegs dadurch vergrößert, daß die Realgymnasien zugelassen wurden. Wir bitten den Reichstagsrat, unserer Resolution Folge zu geben. Sie beweist sich ganz in der Richtung des kaiserlichen Erlasses vom 26. November 1900, durch den die Abiturienten der Realgymnasien zugelassen wurden. Mit jenem Erlass hat eine neue Periode in der Entwicklung unseres Schulwesens eingeleitet zum Segen unserer Nation. (Beif. b. d. Freil.)

Dr. Barwinkel (R.): Meine Freunde werden für die Resolution Sichhoff-Deumer stimmen. Der Gausterhandel zwingt ohne Frage Schädern, man darf aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten (Sehr richtig! links) und ihn ohne weiteres verbieten. Man darf nicht über alle Dinge Statistiken aufnehmen wollen. Mit allzuviel statistischer Arbeit tötet man die Arbeitsfreudigkeit unserer schon überlasteten Verwaltungsbehörden. Von den vorgeschlagenen Resolutionen werden wir denen auf Beseitigung der Handelsagenten und auf Regelung des Automobilverkehrs zustimmen. Auf die anderen Resolutionen werden Parteifreunde von mir wohl noch näher eingehen. (Bravo! bei den Linken.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es ist mir natürlich unmöglich, auf alle hier berührten Gegenstände einzugehen. Ich muß einiges herausgreifen. Ueber die Lage der Handwerksmeister war hier einmal die Hauptfrage aufgestellt, daß sie durchweg sehr große sozialpolitische Lasten tragen und sehr geringen Reingewinn hätten. Ich habe daraufhin aus den Büchern eines Berliner Tischlermeisters durch den Mathematiker des Reichsversicherungsamtes das Verhältnis von Versicherungsbeiträgen und Reingewinn berechnen lassen und Ihnen vorgetragen. Daß der Mathematiker sich verrechnet hat, wird auch der Abg. Dr. Pauli (Heiterkeit) nicht glauben. Nun hat eine Handwerkerversammlung gegen diese Feststellung protestiert, aber man kann doch nicht dagegen protestieren, daß 2 mal 2 = 4 sind, man schilt mich, weil ich als Barometer u. s. Weiter für die Handwerksmeister angezeigt habe. Es ist ja allerdings möglich, daß ich einen besonders

qualifizierten Tischlermeister getroffen habe. Aber ich habe niemals behauptet, daß meine Untersuchung allgemein gültig sein solle. Allgemein ließe sich der Reinertrag der handwerksmäßigen Betriebe überhaupt nicht feststellen, auch nicht nach der preussischen Einkommensteuer, da deren Material unbedingt fiktiv ist. Der Abg. Pauli hat die Unterscheidung zwischen Handwerk und Fabrik für sehr einfach erklärt. Ich wäre ihm aufrichtig dankbar, wenn er mir eine brauchbare Fassung für die demnächst notwendige Novelle zur Gewerbeordnung lieferte. (Heiterkeit.) Auf einige Fragen des Abg. Erzberger möchte ich folgendes erwidern: die Stellung der Reichsregierung zu den Konsumvereinen ist seit langer Zeit die der unbedingten Neutralität; daran werden wir festhalten. Die Revision der Gastwirtschaften und Bäckereien, für die besondere Bundesratsverordnungen bestehen, muß in der Hauptsache nicht durch die Gewerbeinspektionen, sondern durch die Polizei erfolgen. Die Hinzufügung aller Bundesratsverordnungen zu dem Gewerbeinspektionsbereich würde diese zu sehr aufschwellen lassen. Wir glauben, den Reichstagsabgeordneten, die sozialpolitisch interessiert sind, durch die jetzt vorgenommene Sonderausgabe der Bundesratsverordnungen in 3 Bänden weit besser zu dienen. (Sehr richtig!) Ich schließe mich der Warnung des Abg. Barwinkel an, weitergehende Anforderungen an die Statistik zu stellen. Wenn die Beamten in dieser Weise mit Statistiken belastet werden, wie das in den letzten Jahren geschehen ist, so müssen wir entweder ihre Zahl sehr erheblich vergrößern, oder die Beamten den ganzen Tag in der Amtsküche bei statistischen Arbeiten festhalten und sie der wichtigen praktischen Verwaltungsentlastung entziehen. Wir bieten schon jetzt wieder neues statistisches Material, aber ich warne Sie, den Bogen weiter zu spannen. (Sehr richtig!) Verordnungen über die Lehrlingszucht sind nach der Gewerbeordnung Sache der Einzelstaaten. Ich kann keine Auskunft darüber geben, was für Verordnungen in den einzelnen Staaten erfolgt sind. Gegenwärtig beschäftigt sich das preussische Ministerium mit einer Petition des Buchdruckerverbandes darüber. Das Resultat der Erhebungen über die Sonntagruhe wird im Laufe der nächsten Session dem Hause vorgelegt werden. Das preussische Staatsministerium befaßt sich zur Zeit mit der Frage der Heimarbeit der Zigarrenarbeiter, der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten mit der Lage der Straßenbahnangestellten. Ich bin gern bereit zur Förderung der ständigen Ausleitung für Unfallverhütung in Charlottenburg mit den verbündeten Regierungen Fühlung zu nehmen und die Verschaffung hygienischer Muttererichtungen anzuregen. Die Untersuchungen über die Unfallverhütung in landwirtschaftlichen Betrieben wird vom Reichsversicherungsamt mit größter Sorgfalt betrieben. Ich für meine Person und die preussische Regierung stehen dem Wunsche, die Oberrealschulabiturienten zum medizinischen Studium zuzulassen, sympathisch gegenüber. Meine früheren Auseinandersetzungen über die Assoziation des Kapitals haben zu langwierigen Besprechungen Veranlassung gegeben. Es ist aber nicht zu leugnen, daß in den heutigen Zeiten für viele Aufgaben des wirtschaftlichen Lebens große Kapitalassoziationen notwendig sind, wenn man nicht alle Aufgaben dem Staate überlassen will. Das letztere würde aber den Kollektivismus bedeuten, wie er hier von der äußersten Linken gewünscht wird. Gemäß wünschen auch viele Kreise des Bürgeriums die Verstaatlichung des Verbaus, andere die der Eisenbahn. Manche Kreise bekämpfen sogar die Aktiengesellschaften schlecht. Ich bin durchaus kein Verteidiger der Warenhäuser, wie die Presse mit angeführt hat; aber man darf nicht gegen die Privatallokation im allgemeinen vorgehen. Es kann allerdings einen Größenwahn in der Assoziation geben, der sich über alle ethischen und nationalen Schranken hinwegsetzen trachtet und der alles zu monopolisieren beabsichtigt. Sollten bei uns derartige Zustände sich entwickeln, wie sie sich in Amerika zum Teil schon entwickelt haben, dann müßte allerdings der Staat einschreiten. (Sehr richtig! rechts.) Gegen den allgemeinen Befähigungsnachweis des Handwerks hat sich die Mehrheit der Handwerker selbst ausgesprochen (Widerspruch rechts, Zustimmung links); namentlich alle süddeutschen Handwerkerkammern sind dagegen. Die verbündeten Regierungen halten ausnahmslos den Befähigungsnachweis für undurchführbar. (Bravo! links.) Man sollte daher ruhig diese ganze Frage beiseite legen. Anders steht es mit dem Befähigungsnachweis für Bauhandwerker, der in einer kommenden Novelle zur Gewerbeordnung seine spezielle Behandlung finden wird. Ueber Automobile und Fahrradler wird in nicht langer Zeit eine besondere Bundesratsverordnung erfolgen. Wir erwägen, ob sich nicht eine Zwangsgenossenschaft der Automobilbesitzer zur gemeinsamen Tragung der Haftpflicht empfiehlt.

Kaab (Antl.): Wir hoffen, daß die Regierung dem Bergbau im Ruhrrevier die Schärfe des Gesetzes zeigen wird. Die Warenhäuser verdanken einen großen Teil ihrer Erfolge unlauteren Manipulationen. Die Portiers und Fahrstuhlführer müssen der Wohlthaten der sozialen Gesetzgebung reichhaftig werden. Es ist zu bedauern, daß noch manche große Kommunen sich gegen die Errichtung von Kaufmannsgerichten sträuben. Die Einführung von Handelsinspektoren ist sehr notwendig; es darf auch nicht mehr vorkommen, daß Handlungsgehilfen entlassen werden, weil sie auf die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen dringen. (Hört! hört! b. d. Antl., im Centr. und b. d. Soz.) Bei der Regelung der Frage der Schmiergelder müssen die Verführer und Beförderer stärker getroffen werden, als die Verführten und Besoffenen, vielleicht kann der preussische Gesetzentwurf über den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter als Muster dienen. Redner geht

dann auf die Missethäter im Seemannswesen ein. Die Ladelinie ist noch keineswegs überall vorhanden; mit den Ventilationseinrichtungen selbst der allergrößten Dampfer ist es schlecht bestellt; in den Kesselräumen herrschen oft 45 Grad Celsius (Hört! hört!), sodas es nicht zu verwundern ist, daß so viele Heizer durch Selbstmord enden. Die Nachprüfung der Seemannsämter erregt in weiten Kreisen ein bedenkliches Schütteln des Kopfes. Die Seemannsämter klagen darüber, daß sie, wenn sie im Hafen liegen, oft zu einer 16stündigen Montiorarbeit von den Schiffszedern herangezogen werden. Obwohl es heißt, daß Deutschlands Zukunft auf den Wassern liege, ist der Zutritt zum Seemannsberuf äußerst schwierig. Die Ausbildungskosten eines Schiffszedern belaufen sich auf 500-600 Mk. jährlich, sodas also nur die Söhne wohlhabender Eltern diesen Beruf ergreifen können. Die Handwerker tragen gern die sozialpolitische Last; sie wünschen freilich, daß nicht so viel Geld für Verwaltungskosten verpulvert werde. (Beifall b. d. Antl.)

Dr. Baand (SP.): Es empfiehlt sich nicht, allzuviel Resolutionen zu stellen. Ge freut hat es mich, daß die Regierung mit so großer Entschiedenheit den Befähigungsnachweis abgewiesen hat. Man darf aber auch nicht den Befähigungsnachweis für einzelne Gewerbe einführen. Im Baugewerbe wird ein wirksamer Bauarbeiterbeschutz weit mehr die Zahl der Unfälle vermindern, als ein Befähigungsnachweis. (Sehr richtig! links.) Eine scharfe Scheidelinie zwischen Handwerk und Fabrik halten auch wir für notwendig. Herr Erzberger hat den Kopfortagehandel beklagt; ich glaube, wenn es sich um den Traktatzenbetrieb handelt, denkt er milder. (Sehr gut! links.) Wir glauben, daß sich eine Uebernahme der Fabrikinspektion durch das Reich empfiehlt. Abg. Burm hat zu dieser Forderung seinen Willen geäußert; namentlich läßt sich die Verelendungstheorie nicht halten, das hat Friedrich Engels in der zweiten Auflage seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England“ zugegeben. Recht hat der sozialdemokratische Redner, wenn er die Ausdehnung und Sicherung des Koalitionsrechts fordert. Auch ist es dringend notwendig, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gesetzlich festzulegen. Der Gipfel der Wunderlichkeit ist es, daß ein nicht rechtsfähiger Verein verklagt werden, aber nicht selbst klagen kann. (Hört! hört! links.) Unsere Verwaltungsbehörden sollten sich an den englischen ein Muster nehmen, welche die Trade Unions auf jede Weise fördern. Bei uns gilt es als etwas ungeheures, wenn einmal ein junger Geheimrat auf einem Gewerkschaftskongress erscheint. Der nicht sozialdemokratische Arbeiterkongress in Frankfurt a. M. und der Bergarbeiterkongress an der Ruhr sollten die Regierung veranlassen, sich des Ausbaues des Koalitionsrechts mit aller Energie anzunehmen. Graf Posadowsky sprach vom Größenwahn der Kapitalassoziation. Dieser Wahn ist vielfach Wirklichkeit geworden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Frage des Koalitionsrechts ist weit dringlicher, als die noch nicht sprechreife Frage der Arbeitskammern. Eine generelle Regelung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter halten wir nicht für möglich. Wir wünschen beschleunigte Erhebungen über die Arbeitslosen-Versicherung und Umbahnung einer Vereinheitlichung der gesamten Versicherung. Die Sozialpolitik darf nicht an den Reichsgrenzen stehen bleiben, sondern muß über dieselben hinaus durch internationale Abkommen erweitert werden. Leider zerstört unsere verkehrte Sozialpolitik alles gute, was die Sozialpolitik erreicht, und verhindert die Ausdehnung der Arbeiter mit dem bestehenden Staate. (Lebh. Beif. b. d. Freil.)

Dr. h. n. (M.) klagt über die Warenhäuser, in denen er sogar Offiziere in Uniform Schokolade hat trinken sehen. (Schallende Heiterkeit und Aufse: Schredlich!) Graf Posadowsky ist seinen früheren gesunden sozialpolitischen Anschauungen untreu und der Betreiber einer überhöhten Sozialreform geworden. (Beifall rechts; Aufse links: Su, hu!)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Ein Antrag Dr. Müller-Sagan (SP.), morgen einen Schwerinstag abzuhalten, wird vom Präsidenten Graf Balleström und vom Abg. Gröber (Z) im Hinblick auf die Geschäftslage des Hauses bekämpft, während Abg. v. Stauby (R.), wenn nicht morgen, so doch wenigstens im Laufe der Woche einen Schwerinstag abgehalten wissen will. Die Abg. Müller-Sagan und v. Stauby behalten sich vor, am Freitag die Abhaltung eines Schwerinstages für Sonnabend zu beantragen, für morgen bleibt es also bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern. Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Stunden.

Deutschland.

Was geht vor? Wie die „Aöln. Volksztg.“ behauptet, ist der Inhalt der zweiten Bergesch-Röbelle einzelnen parlamentarischen Personlichkeiten bereits mitgeteilt worden. — Da diese Mitteilung doch einen bestimmten Zweck haben wird, so muß man also — vorausgesetzt, daß die Meldung zutrifft — annehmen, daß die preussische Regierung ihre Gesichtsweise erst den Grundten der Kapitalisten zur Begutachtung vorlegt. Erteilen diese ihre Zustimmung, dann wird die Sache gemacht, anderenfalls wird sie den Wünschen des Kapitalien entsprechend umgemodelt. Ja, ja, wir haben in Preußen

Deutschland mehr als eine unverantwortlich
Rebengeneration.

Das selbstmörderische Verhalten des deutschen
Handelstages, der bekanntlich mit 215 gegen 60 Stim-
men den Handelsverträgen zugestimmt hat, erregt das
berechtigte Mißfallen des „Konfessionär“, eines Unterneh-
mers. Dasselbe schreibt: „Man muß sich wirklich fragen:
Wie konnten Männer, deren Aufgabe es ist, Handel und
Wandel zu fördern und zu schützen und dessen Interessen
kostvoll zu wahren, diesen Schritt tun und Verträge ihrer
Volum erteilen, die das Siedtum unserer wich-
tigsten Exportindustrien mit unabding-
ter Sicherheit im Gefolge haben? Diese Aktion
des deutschen Handelstages ist ein schwerer Schlag
für unsere Geschäftswelt, zugleich aber auch eine
Blamage. Darüber kann kein Zweifel herrschen. Die-
sen Verträgen konnte und dürfte gerade der deutsche
Handelstag nie und nimmermehr zustimmen. Und doch
hat er es getan, hat er sehenden Auges der deut-
schen Industrie und dem deutschen Handel
die Schlinge um den Hals gelegt! Sehenden
Auges! denn der Generalsekretär hatte selbst in seinem
Bericht ausgeführt, daß diese sieben neuen Handelsverträge
eine Verschlechterung des Exports für drei-
viertel Milliarden — 750 Millionen — Mar-
t bringen. Man vergegenwärtige sich, was das heißt: Allein
bei sieben Staaten 750 Millionen Mart Verschlechterung.
In jeder ganzen Folgenreihe ist es noch
gar nicht abzusehen. Aber man braucht kein
Propheet zu sein, um voranzujagen zu können,
daß diese Handelsverträge blühende
Geschäfte und Industriezweige vernichten,
Tausende und Abertausende von Existenzen
zugrunde richten werden! — Wir haben diesen
Wahlsprachen nichts hinzuzufügen.

Die Aversität der Agrarier kennt keine
Grenzen. In einem von der „Danz. Allg. Ztg.“ veröffent-
lichten Artikel heißt Graf zu Dohna-Pendelwitz,
Mitglied des Herrenhauses, ausdrücklich, daß es vollständig
gerechtfertigt ist, wenn aus den Kreisen der Landwirtschaft
Komensationen für den Ankauf gefordert wer-
den; diese Komensationen müßten auf preussischem Gebiet
gekauft werden. Graf Dohna findet sie in der Abber-
nahme der gesamten Schulden auf den
Staat; habe der preussische Staat die Mittel, so große
Summen für neue Darlehensschulden aufzugeben, so wüßte er
auch in der Lage sein, die Schulden zu tragen. — Diese
Agrarierpolitik wüßte sich in ihrer Furcht immer mehr
zu Präzedenz am Gesellschaftsplatz heranzusetzen. Die Sozial-
demokratie wird darauf sein, diese Schmarotzerei zum
Nutzen der Allgemeinheit mit Stumpf und Stiel auszu-
rotten.

Stöcker in Canada. Der ehemalige Hof- und Dem-
prediger Stöcker erscheint wieder bei Holt, nachdem er seit
seiner Entlassung die Hofburg Wilhelmstr. II. nicht mehr be-
treten hat. Er erhält eine Einladung zu der im Berliner
Schloß stattfindenden Festfeier „Weiß eine Wandlung durch
Gottes Fügung“.

Abelsrecht. Der Vorstand der Deutschen Abels-
genossenschaft hat an den Staatsminister des Reichsjustiz-
ministeriums einen Antrag gerichtet, daß adlige Verbrecher
in den Bürgerland verurteilt werden möchten. Der An-
trag lautet: „Die hohe Regierung wolle dahin wirken, daß
1. der § 31 des Strafgesetzbuchs durch eine Vorchrift er-
gänzt werde, wonach die Strafbefreiung zur Zurückführung
nicht den bereits gesetzlich vorgeschriebenen Rechtsfolgen auch
bei dauernden Verlust des Adels bewirkt; 2. daß
der § 33 des Strafgesetzbuchs durch eine Vorchrift ergänzt
werde, wonach die Abstraffung der bürgerlichen Ehrenrechte
nicht den bereits gesetzlich vorgeschriebenen Rechtsfolgen auch
bei dauernden Verlust des Adels bewirkt; 3. daß
der § 360 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs durch eine Vorchrift
ergänzt werde, wonach die Abstraffung der bürgerlichen Ehrenrechte
nicht den bereits gesetzlich vorgeschriebenen Rechtsfolgen auch
bei dauernden Verlust des Adels bewirkt.“

Im Klassenstaate. Im preussischen Abge-
ordnetenhaus wurde Montag ein Antrag von
Königsberg über einseitige Gerichtsordnung für
die Volksschulen und höhere Schulen in
bestimmten Gemeinden abgelehnt. — Selbst in den Schulen
ist die alte Ordnung der Klassen noch im Gange, so
wird es die Regierung des Reichsparlamentes nicht lassen
weitergehen.

Zusatzbericht „Welt-Verreiter“. In preussischen
Abgeordnetenhaus hat Herr von Gumboldt einen Antrag
über einseitige Gerichtsordnung für die Volksschulen und
höhere Schulen in bestimmten Gemeinden abgelehnt. — Selbst
in den Schulen ist die alte Ordnung der Klassen noch im
Gange, so wird es die Regierung des Reichsparlamentes nicht
lassen weitergehen.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie
hat sich wieder mit dem Reichsverband im Lande be-
zogen. Dieser ist bei der letzten Zusammenkunft der
Sozialdemokraten in Berlin nicht erschienen.
Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat sich
wieder mit dem Reichsverband im Lande be-
zogen. Dieser ist bei der letzten Zusammenkunft der
Sozialdemokraten in Berlin nicht erschienen.

Ein Proletariatsklub schickte, sich dadurch zur
traurigen Berühmtheit verholfen hat, daß er das
rief: „Der Vater wird wohl alles verlossen haben.“
Dieser Mann erscheint zur Sozialistenversammlung besonders
berufen.

Der Massendienst deutscher Seeleute auf den
Kohlenhöfen, welche die Flotte des Kaiserlichen
verforgen, dürfte bald ein Ende finden, da die Mannschaften
der bei Madagaskar liegenden deutschen Schiffe auf den
Voranschlag nicht eingegangen sind, sich „für Kohlentransport
nach Japan“ zu verpflichten. Natürlich sollte dieser Kohlen-
transport nicht etwa freiwillig nach Japan gehen, sondern
die Schiffe sollten die russische Flotte auf ihrer weiteren
Fahrt, die allerdings unfruchtbar in einem japanischen Hafen
endigen dürfte, begleiten. Die Mannschaften, welche sich
weigerten, die neue Verpflichtung zu übernehmen, werden
eines Monats März wieder in Hamburg einströmen.

Kleine politische Nachrichten. Die Budgetkom-
mission des Reichstages beriet gestern den Etat
des Reichsmilitärgerichts. Die erste Rate von 225 000 Mk.
für die Erweiterung des Grundstückes für ein
neues Dienstgebäude, dessen Gesamtpreis 1 474 200
Mk. betragen soll, wurde nach längerer Debatte ein-
stimmig abgelehnt. Bravo! — Der Kaiser geneh-
migte, daß zur Errichtung von Heilstätten für
Lungenkranke eine Lotterie mit einem Reinertrag
von 800 000 Mk. und einem Spielkapital von höchstens
3 200 000 Mk. veranstaltet wird. Die Lose sollen im ganzen
Reich der Monarchie vertrieben werden. Es wird beab-
sichtigt, die Lotterie in zwei Serien auszulassen. Kultur-
aufgaben werden im Kulturstaate Preußen durch eine
Lotterie gelöst! — Die Wahlprüfungs-
kommission des Reichstages erklärte die Wahl
des Abg. Windler (kons.) für gültig. — Die
Berliner Polizei hat den Straßenverkauf der
Faschingsnummern des „Simplissimus“
verboten. Das Vaterland ist gereinigt! — Ein von
Admiral von Koester über die Küstenschutzstation Arcona
ausgegebenes Telegramm meldet, daß bei Kreuzerübungen
das Torpedoboot D. 6 mit dem kleinen Kreuzer
„Amazone“ zusammengestoßen ist. Von
den Besatzungen ist niemand verunglückt. D. 6
wird nach Kiel geschleppt, um logisch ins Dock zu gehen.
— Die Einführung der Proporzparlamentarismus
für den Großen Rat (Kantonparlament) ist am
Sonntag in Basel durch Volksabstimmung beschlossen
worden, allerdings nur mit geringer Majorität, 5290 gegen
5279 Stimmen. — Der deutsche Botschafter in
Wien überreichte gestern dem Grafen Goluchowski eine
Note, wonach der bisherige Handelsvertrag mit
Deutschland auf den 1. März 1908 für den Fall getün-
digt wird, daß bis dahin die Auswechslung der Ratifi-
kationen zum neuen deutschen Handelsvertrag nicht recht-
zeitig erfolgt ist. Dasselbe Verfahren ist von dem deut-
schen Gesandten in Bukarest hinsichtlich des rumä-
nisch-deutschen Handelsvertrages eingeschlagen wor-
den.

Der Plan der Revolutionäre. Der Sekretär des
Rusland Komitees der russischen Revolutionäre hat mehreren
französischen Journalisten nach Ablegung der „Sit am Men-
tag“ folgende Aufklärungen gegeben:

Wir sind heute vollständig bereit über den Ausgang
des künftigen Kampfes; bereit mit und nicht mit dem
Sturz der zaristischen Selbstherrschafft und der
Beseitigung der korrupten Darenkrante anzugehen. Es gibt
im heutigen Russland ein dringendes revolutionäres
Bedürfnis, denn jede ihrer Klassen würde, den Staatsober-
haupt zu erfüllen. Diese Klasse sind: Finland, dessen be-
schwerene Rechte mit Süßen getrunken wurden; die balti-
schen Provinzen, deren Wohlstand und Rechte einer ver-
kommenen Verkommenheit zur Beerdigung überlassen wurde;
das Polenland, das national und politisch geknechtet
ist; die unteren Klassenrussen, die trotz ihrer 30 Millio-
nen Seelen noch nicht einmal ein Gehör in ihrer Sprache
finden dürfen; die Rumänen, deren Schicksal, die schon als
Gegensätze behandelt wurden, wenn sie sich nur Rumänen
nennen; die Georgier, deren ihre Selbstständigkeit durch
einen unerbittlichen Knechtet entzogen wurde; die Ar-
menier, die in Russland weniger Rechte als in der Türkei
haben und denen vor Jahrzehnten ihre Kirchen und Schul-
betriebe im Betrage von 150 Millionen durch einen Feder-
streich geraubt wurde; die Juden, deren rechtlose Lage
offensichtlich bekannt ist, und noch mehrere andere Klassen unter-
drückt: Nationalitäten im Kaukasus und in Turkestan.

Wir sind alle wir Revolutionäre zur besten natürlichen
Tende des Zukunfts zu kommen und sie zum Kampf
gegen den gemeinsamen Feind organisieren, so würden wir
den ganzen Reichsverband organisieren. Wir sind aber haben
wir noch nicht eine dieser Klassen angegriffen, sondern nur
einen kleinen Teil des russischen Volks selbst zum Kampf
organisiert. Wir haben die Arbeitermassen der
Industriegebiete in Bewegung gesetzt, und
sind in der nächsten Zeit in die fremden Länder zu gehen
sind. Wir sind es, so glauben, daß die Sozialbewegung
nicht möglich ist. Wir haben es so organisiert, daß die
Arbeiter je eine Woche arbeiten und die nächste
Wochen wieder ruhen. Ein Volk, das sich hand-
arbeiten hat, kann jetzt ein halbes Jahr lang auch noch auf
hohem Niveau stehen. Und wenn die russischen
Arbeiter während der nächsten Winterfälle diese Ent-
schlossenheit auf sich nehmen, so wird die Bewegung im Früh-
jahr und Sommer um so leichter durchzuführen sein. Die
Sozialbewegung ist jetzt im Gange; sie werden sich mindestens
noch fünf Monate hinziehen. Und darüber wird, wenn nicht
schon in dieser Zeit gemacht wird, eine der vornehmsten
Klassen auch der anderen angegriffen werden.

Wir vor allem wird mit der nächsten Jahreszeit auch
der Bauer auf dem Platz erscheinen und mit der
geheimen russischen Bewegung auf dem Lande aufstehen.
Und so viele Klassen wird der soziale Kampf aufstehen,
um auch noch jede Landgemeinde befragen zu können.
Wir sind überzeugt, daß dies mal ganze
Arbeits gemacht wird. Die Sozialisten sind einmal in Be-
wegung getreten, und die Welt, die Bewegung zu leiten,
hat sich erhoben. Die Beendigung des Jares und seiner
Bericht wird besser zeigen, daß die Zeit unserer Arbeit nicht
zu lang ist. Sogarfalls wird die jetzt beginnende Revolu-
tion im Ausland auf die politische und kulturelle Entwid-
lung der gesamten menschlichen Gesellschaft einen nicht
geringen Einfluß ausüben, als die große Revolution in
Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts.
Der Streik der Arbeiter ist ein Zeichen gegen eine

Konktion von 10 000 Rubeln erfolgt. Ein Moskauer
Fabrikant hat die Konktion gestellt. Gorki ist jedoch nicht
in Petersburg geblieben, sondern nach Riga deportiert
worden. In welcher schmerzlichen Weise man mit dem fran-
zösischen Dichter bei der „Freilassung“ verfahren ist, geht aus folgen-
den Depesche des Petersburger Korrespondenten der „Berl.
Ztg.“ von gestern hervor: Gorki sollte gestern nachmittags
gegen eine Konktion von 10 000 Rubel in Freiheit gesetzt
werden. Als er den Hof der Festung verlassen wollte, an-
sah zu seiner Familie zu begeben, wurde er neuerdings
von Beamten des Sicherheitsbureaus verhaftet. Man
ließ ihn mehrere Stunden warten und stellte ihm sodann mit
dieser und nach zu seiner Familie zurückkehren
weigerten sich, darüber Auskunft zu geben, wohin er gebracht
werden würde und ob er wenigstens vorher von seiner
Familie Abschied nehmen dürfte. Seine Frau, die von seiner
Freilassung gehört hatte, war mittlerweile eingetroffen. In
Gefängnis erfuhr sie von seiner neuerlichen Verhaftung.
Die Beamten gaben auch ihr den Grund dieser neuen Maß-
regel nicht an. Endlich ließen sie sich durch die Tränen der
armen Frau wenigstens so weit erweichen, daß sie ihr den
Moskauer Bahnhof als Abfahrtsstelle ihres Mannes
bezeichneten. Dorthin eilte sie nun mit ihren beiden Söhnen
und kam gerade in dem Augenblick an, als Gorki in Be-
gleitung zweier Polizeibeamten in geschlossenem Wagen vor-
fuhr. Es wurde Gorki gestattet, seine Frau und seine Kin-
der zu umarmen und einige Augenblicke mit ihnen zu sprechen.
Dann wurde er in den Zug gebracht, der in der Richtung
nach Riga abfuhr.

„Väterchen“ Angst scheint eine tiefste zu sein. Er hat
in einer Pariser Automobilfabrik ein gepanzertes
Automobil bestellt, das auf der Straße zwischen Zar-
stoffs-Belo und Petersburg verkehren soll. Wegen die Revo-
lution helfen auch keine gepanzerten Automobile. — Einen
Druck auf die Arbeiter hat jetzt die Regierung in Peters-
burg ausgeübt. Sie hat die Butslow-Werke und
die Kewell-Werke vollständig geschlossen; dadurch
sind weitere 18 000 Mann arbeitslos. Die Ursache ist, daß
die Streikenden die Arbeit nicht bedingungslos wieder auf-
genommen haben. Denn die Regierung gar nicht daran,
daß Druck Preis erzwungen? — Die Delegierten der
Verwaltung der Reichsbahnen beschlossen in
einer bis 4 Uhr morgens dauernden Sitzung, die Mehrzahl
der Forderungen der Werkstätten und Depo-
tarbeiter zu erfüllen, um den Ausstand zu beenden.
Der Bahnbetrieb beginnt wieder. Dagegen ist das Personal
mehrerer Zweigbahnen Warschau in den Ausstand ge-
treten. — In den letzten Tagen sind in Warschau wieder
zwei Offiziere, welche sich während der Unruhen
gegenüber gegen die Volksmenge gezeigt hatten, im öffentlichen
Garten erhängt aufgefunden worden. — Die
Warschauer Feuerwehr stellt Forderungen, deren Be-
willigung bis Sonntagabend erwartet, widrigenfalls sie in
den Ausstand treten will. — In Kurland sind ein Zu-
sammenstoß zwischen Truppen und Landbesitzer
statt, wobei die Truppen von ihren Waffen Gebrauch mach-
ten. Zahlreiche Personen wurden getötet
oder verwundet. — Der Ausstand der 2000 Berg-
arbeiter in Lugansk ist beendet. Die Verwaltung be-
willigte 22 der von den Arbeitern gestellten Forderungen;
4 Forderungen allgemeinen Inhalts wurden den Behörden
zur Entscheidung unterbreitet. — In Datum erwartet man
den Wiederbeginn des Schulunterrichts. Soß aber sind
die Verhältnisse dort noch ungeordnet; nur sehr wenig
Dampfer gehen ab und die Redereien sind nicht in Tätig-
keit. — Neu in den Ausstand getreten sind die Schlachter
und die Arbeiter der Druckereien von Lodz, letztere zum
dritten Mal. — Die Jüglinge des Priestersemit-
nars in Minsk veranfaßten aus Unzufriedenheit mit
der gegenwärtigen Verwaltung Unruhen, verwüßten die
Wohnung des Akors und warfen alle Schriften und Dok-
umente ins Feuer. Der Unterricht hörte auf und die Semi-
naristen verließen die Stadt.

Italien.

Der Kampf der italienischen Eisenbahner nimmt
nicht nur das Interesse der italienischen Bevölkerung, son-
dern der gesamten Klassenbewegung der Arbeiter in Anspruch.
Handelt es sich hier doch um ein neues Kampfmittel:
Die Obstruktion. Diese Obstruktion besteht darin, daß
durch eine rechtlich genaue Beobachtung der dienstlichen Vor-
schriften der Betrieb lahmgelegt wird. Die Eisenbahner be-
wachten bei der Ein- und Abfahrt mit der peinlichsten Ge-
wissenhaftigkeit alle vorgeschriebenen Vorschriften. Sie
befolgen auch bei der Reibung der Maschinen und Conpress
die deutsche größte Sorgfalt. Wenn dadurch der Betrieb
außerordentlich erschwert wird, wenn die jahresplanmäßigen
Züge einander ganz ausfallen oder mit mehreren Stunden
Verzögerung abgehen, so ist das gerade die Absicht der
Obstruktion. Wie bereits erwähnt, ist durch dieselbe der
gesamte Verkehr schon in ganz erheblichem Maße lahmgelegt
worden.

Warum handelt es sich nun bei diesem Kampfe? Die
Eisenbahner fordern — und zwar schon seit einiger Zeit,
beinahe seit 20 Jahren — Gehaltsaufbesserungen, besonders
für die unteren Kategorien. Diese Forderungen hat nun die
Regierung in dem vorgelegten Gesetzentwurf nur unvollkom-
men berücksichtigt. Schon alle die Zugführer sind dem
Gebiet der Gehaltsfrage fast wenig angetan, zum Frieden
zu stimmen. Nun kommt aber, als eine tollkühne Propola-
tion der Regierung, noch das Streikverbot hinzu, ein un-
nützes Verbot, da die organisierte Masse, wenn sie einig ist,
mit oder ohne Verbot streiken kann, ohne daß die Regierung
einem ganzen Heer von Streikenden gegenüber mit Strafen
und Maßregelungen etwas auszurichten vermöchte. Praktisch
wirklos, ist so das Streikverbot nur eine Verhöhnung der
Arbeiter, eine Aufwiegung zum Streik. Die Eisenbahner
haben im November auf ihrem Kongress in Rom erklärt, daß
sie auf die Einbringung eines Entwurfs gegen das Streik-
verbot mit dem allgemeinen Ausstand antworten würden. Der
Entwurf ist eingebracht: die gebührende Antwort ist erfolgt.
Von etwa über 80 000 Eisenbahnern sind 65 000 Mann
organisiert.

Folge der Obstruktion ist Montag die Abfahrt von
31 Personen- und Schnellzügen von Rom
aus eingestellt worden. Die Verhöhnung von Freigut ist
bis Donnerstag eingestellt. — Am gestrigen Dienstag soll
sich ein Aufmarsch der Obstruktion bemerkbar gemacht haben.

Rußland und Japan.

Die Situation der Russen in der Mandchurien wird immer schwieriger. Die japanische Offensive wird mit verstärkter Energie fortgesetzt. Nach Tokioer Meldungen ist es bereits zu einem Treffen gekommen, das mit einer vereinbarten russischen Niederlage geendet haben soll. Es heißt, die Japaner hätten die Russen bei Finghscheng, 25 Meilen südlich von Salmache (Salmache) auf dem äußersten rechten Flügel angegriffen und geschlagen. Der Angriff begann am 23. Februar. Die Russen wurden auf 17 000 Mann geschätzt, ihr Verlust soll 2000 Mann betragen; der Verlust der Japaner sei gering. Die Russen hoben den Rückmarsch angetreten. — Europäer melden von dieser Niederlage natürlich nichts.

Nach chinesischen Meldungen besetzten die Japaner Mandchurien mit elfstündigen Geschützen.

Der Gesamtwert der von den Russen für die blühende Schifffahrt bei der Doggerbank zu zahlende Entschädigung wird auf 75—100 000 Pf. (1 Pf. = 20 Mk.) geschätzt. Ein „billiges“ Vergnügen!

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 1. März 1905.

Parteigenossen,

erwerbt das Bürgerrecht!

Achtung, Flußschiffer! Ueber den Flußschiffahrts-Betrieb von S. Drews ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Zugang ist ferngehalten.

Die Lohnkommission der Flußschiffer.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Selimann u. Co. (Sahnhofsbau) ist die Sperre verhängt. Die Lohnkommission der Zimmerer.

Für die Opfer des Bergarbeiterstandes und die durch den Bergarbeiterstreik arbeitslos gewordenen Metallarbeiter wurden von den hiesigen christlich-sozialen Metallarbeitern, wie uns diesbezüglich mit dem Ersuchen um Veröffentlichung mitteilen, 123,10 Mk. aufgebracht und abgeschickt. — (So erfreulich auch die Opferwilligkeit jener Herren in dieser Sache ist, so wäre es doch weit besser, wenn sie sich der großen deutschen Metallarbeiterorganisation, dem Deutschen Metallarbeiterverband anschließen würden. Dadurch würden sie ein höheres Solidaritätsgefühl bekunden, als dies durch die Sammlung für die Bergarbeiter geschehen kann. Wie sich beim Bergarbeiterstreik deutlich erwiesen hat, sind die Kapitalisten in der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter sich alle einig; deshalb ist es notwendig, daß ihnen auch eine geschlossene, einige Arbeiterschaft gegenübersteht. Zu diesem Zwecke müssen die kleinen Organisationen, die auf einer konfessionellen Grundlage beruhen und zur Zersplitterung der Kräfte beitragen, zugunsten der einzigen großen verschwinden. Red.)

Die Handelskammer hat zu der geplanten Hofsofenanlage in einer Volleramtung Stellung genommen und folgende Entscheidung angenommen: Die Handelskammer ist der Ansicht, daß die Grundlagen und Vorbedingungen für den Betrieb einer Hofsofenanlage bei Lübeck durchaus gesund sind. Sie ist ferner der Überzeugung, daß das geplante Unternehmen eine wesentliche Förderung aller Erwerbsklassen Lübecks herbeiführen wird und daß daher das Zustandekommen dieses Unternehmens von allen Erwerbsklassen zu unterstützen ist. Im besonderen spricht sie die zuversichtliche Erwartung aus, daß alle Teile der Lübecker Kaufmannschaft ein Unternehmen tätigt fördern werden, das berufen erscheint, Lübecks Handel, Schifffahrt und Industrie einem großen Aufschwunge entgegenzuführen.

Aufstellung für den Aushebungsbezirk der freien und Hansestadt Lübeck. Die diesjährige Musterung für den Aushebungsbezirk der freien und Hansestadt Lübeck wird in der Zeit vom 16. bis 29. März d. J. in Lübeck auf dem Boden des (Vorstadt St. Gertrud) stattfinden. Sollten Militärpflichtige, welche hier gesellungsplüchtig sind, noch nicht zur Stammtafel angemeldet sein, so haben sie sich unverzüglich im Geschäftszimmer der Ersatzkommission anzumelden. Die Militärpflichtigen haben in den Musterungsterminen, welche auf den ihnen zugewiesenen Stellungsstellen angegeben sind, pünktlich zu erscheinen. Falls ein Militärpflichtiger bis zum 10. März 1905 nicht im Besitze eines Stellungsbescheides ist, hat er sich am darauffolgenden Tage im Geschäftszimmer der Ersatzkommission 1. Stock des Polizeigebäudes (Aufgang Nr. 1), behufs Empfangnahme eines solchen zu melden. Diese Meldung kann von den auf dem Lande wohnhaften Militärpflichtigen, unter Angabe ihrer Personalien, schriftlich erfolgen. Es empfiehlt sich, daß Militärpflichtige mit fehlerhaften Augen ein diesbezügliches ärztliches Attest vorlegen. Militärpflichtige, welche sich nicht zur Musterung stellen, oder beim Aufruf ihrer Namen im Musterungsraum nicht anwesend sind, können nicht nur durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmittel zur sofortigen Stellung angehalten werden, sondern unterliegen auch den in der Verordnung vom 22. November 1888 angeordneten Geld- oder Gefängnisstrafen und den sonstigen Wirkungen, die in der Verordnung als Folgen ihrer Nichtstellung bezeichnet sind. Militärpflichtige, welche Anträge auf Zurückstellung oder Befreiung vom Militärdienst stellen wollen, müssen die Verhältnisse, durch die diese Anträge begründet werden, sobald als möglich vor Beginn der Musterung im Geschäftszimmer der Ersatzkommission oder spätestens im Musterungstermin selbst darlegen.

Ergebnis der Gehaltsprüfung der Invalidenversicherungskasse auch das auf Grund der Unfallversicherung zu zahlende Sterbegeld? Zu dieser Frage hat das Reichsversicherungsamt kürzlich Stellung genommen. Einer Witwe war auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes die Hälfte der für ihren verstorbenen Ehemann entrichteten Invalidenversicherungsbeiträge erstattet worden. Nachdem der Witwe und ihren Kindern auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes eine Hinterbliebenenrente bewilligt war, verlangte die Invalidenversicherungskasse Entschädigung des Sterbegeldes. Das Reichsversicherungsamt hat wie folgt entschieden: Die Invalidenversicherungskasse ist berechtigt, Ersatz des der Witwe gezahlten Sterbegeldes aus der Unfallrente zu fordern. Die Beitragsenthaltung soll in dem Falle, daß die Witwe eine derartige Rente zu verlangen hat, nur eine vorläufige Unterstützung sein, für die die Invalidenversicherungskasse aus der Unfallrente zu entschädigen ist. Der Ersatzanspruch der Versicherungsanstalt ist indessen nur so

weit begründet, als die der Witwe zustehende Rente, also ihr persönlicher Anspruch in Frage kommt. Er ergreift sonach nicht die den Kindern des verstorbenen Versichererten zustehende Hinterbliebenenrente; ebensowenig das Sterbegeld, denn auch bei diesem handelt es sich nicht um einen persönlichen Anspruch der Witwe, sondern um einen Anspruch, der ebenso ihr wie ihren Kindern sowie auch etwaigen andern zukommt, die die Kosten für die Beerdigung aufgewendet haben.

Strassenperre. Infolge Regung der Strassenbahnstunde von der Königstraße bis zur Schlumacherstraße vom 2. bis einschließlich 4. März d. J. für den Fuhrwerksverkehr in der Richtung von der Schlumacherstraße her gesperrt. Die Durchfahrt von der Königstraße aus ist jedoch gestattet.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Die „Fledermaus“ geht heute zum letzten Male in Szene. Am Freitag findet die 4. Aufführung im Ring der Nibelungen „Götterdämmerung“ statt und ist dies der Ehrenabend für Herrn Kapellmeister Trummer, welcher jederzeit bemüht war, dem Publikum nur Gutes zu bieten. Als Gast wurde Fräulein Marie Seiffert vom Stadttheater in Bremen gewonnen.

Schwarzwald. Zu dem Streit mit den Nationalsozialen schreibt unser Korrespondent, daß Max Baumann zur Reichstagswahl folgende briefliche Erklärung an Hug abgegeben hat: „Wenn ich (Baumann) Wähler des ersten oldenburgischen Wahlkreises wäre, würde ich für Hug stimmen, da derselbe mehr soziales Verständnis gezeigt hat, als sein politischer Gegner Baumann.“ — So schrieb Baumann; Lehrer Wolfstein denkt und schreibt bekanntlich anders.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Selbstmord. Der seit Jahren beim Bandmann Döhlen in Rembs bei Heiligenhafen tätige Kuchbäcker M. hat Selbstmord verübt, indem er sich eine Schlinge um den Hals legte und sich dann eine Kugel in die Schläfe schob. Die Ursache soll in Schwermut zu suchen sein. — Auf dem Sonntagabend in Glücksstadt von England angekommenen Dampfer „Söhne“ wurde der Feiler Wilhelm Lange als mutmaßlicher Mörder der vor kurzem in Flensburg ermordeten Anna Nagel verhaftet. — Zum Mord in Meldorf. Die Untersuchung über den Knecht Nielsen scheint einen Verdachtsmoment nicht zu Tage gefördert zu haben. Gegenwärtig verhält Nielsen wegen Beitelie und Landstreichens eine vierzehntägige Haft in Meldorf. Diese ist am 2. März abgelaufen. Da Nielsen dänischer Staatsangehöriger ist, wird er, falls nicht die Staatsanwaltschaft eine weitere Untersuchungsbefehl anordnet, über die dänische Grenze gebracht werden. — Kindesmord? Wieder ist eine Kindesleiche, die dritte in kaum vierzehn Tagen, aufgefunden worden, und zwar abermals auf dem Müllabladepfahle am Königswege in Kiel. Die Polizei sucht nach der unnatürlichen Mutter. — Großfeuer zerstörte Montag nacht in Gremmerup unweit Glücksburg den großen Besitz des Gutsbesizers August Hansen und die Bäckerei von Jürgensen. Mehrere Häuser sind abgebrannt. Das Vieh konnte geborgen werden.

Hamburg. Bestehte Verlobung. Sonntagabend spät wurde in einem Hause auf dem Neuen Steinweg Verlobung gefeiert. Als einer der Gäste, der am stärksten den Spirituosen zugesprochen hatte, die Braut küßte, ergrimmte der junge Bräutigam dergestalt, daß er ein Beil heranzog und damit den lächerlichen Gast niederstach. Einige besonnenere Festteilnehmer fielen dem Rasenden in die Arme und entwandten ihm die Waffe. Man zog der beleidigten Braut ein Taschentuch zu fassen, ließ in die Brust. Schmerzlich brach der Gestoßene zusammen. Er mußte nach dem Hafentrankenhaus gebracht werden. Der eifersüchtige Bräutigam wurde verhaftet. — Ertrunken. Der auf dem Dalmatiner liegenden englischen Dampfer „Saemew“ bedienstet gewesene Matrose Alexander Regeur war Montagabend in einem Boote mit Anstreichen der Schiffswand beschäftigt. Hierbei fiel der Mann über Bord und sank unter. Er konnte jedoch von Kollegen ziemlich schnell geborgen werden, doch waren die angelegten Wiederbelebungsversuche erfolglos. Die Leiche wurde durch die Sanitätskolonne nach der Leichenhalle des Hafentrankenhauses gebracht.

Hamburg. Das Kriegsgericht der 18. Division verurteilte den Unteroffizier Bringmann, der seine Untergebenen häufig mit Schlägen, Stößen, Prüzeln, Ohrfeigen usw. traktierte, wegen Mißhandlung in elf und wegen vorläufiger Behandlung in 25 Fällen zu — sechs Wochen Mittelarrest. Das Gericht nimmt an, daß die leichteren Mißhandlungen sich nur als vorläufige Behandlungen Untergebener qualifizieren. Als strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß es das Bestreben des Angeklagten gewesen sei, aus seinen Untergebenen möglichst gute Soldaten zu machen. Das Urteil wird natürlich „abschreckend“ auf diejenigen Vorgesetzten wirken, die mit ähnlichen Mitteln sich gute Soldaten zu erzielen versuchen.

Wilhelmsburg. Eine Beerdigung mit Hindernissen. Seit einem Jahre befindet sich die am Ernst-August-Deich in Wilhelmsburg wohnende Franziska Lappert in tiefer Trauer, indem am 24. Februar 1904 der Mann und am gleichen Tage 1905 der 19jährige Sohn gestorben ist. Der Mann war Mitglied des Schwebereiverbandes, während der Sohn dem Fabrikarbeiterverbande angehörte. Die Mutter ließ am Sonnabendabend den Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes, Sachhilfe Wilhelmsburg, von dem Tode ihres Sohnes in Kenntnis setzen und zeigte zugleich an, daß der Verstorbene am Sonntag beerdigt würde, auch ließ sie bitten, an der Beerdigung teilzunehmen. Eine Anzahl Leidtragender ist nun auch zusammen gekommen, und hatte, wie es hier üblich ist, auch die Verbandsfahne mitgebracht. Als nun die Leidtragenden vor dem Trauerhause sich eingefunden hatten, erschien auch der katholische Kaplan B., um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Als der Herr Kaplan die Fahne sah, die auf einer Seite rot und auf der anderen Seite grün ist und eine gelbe Inschrift hat, zog er sich zurück und ließ die Fahne liegen. Wenige Minuten vergingen nur, da hatte der Herr Kaplan sich gefügt, er trat an die Leidtragenden, die zu der Fahne gehörten, heran und erklärte ihnen, falls sie mit der Fahne mitgehen, würde er nicht mitgehen. Prompt erwiderten ihm die Genossen, daß es ihnen ganz gleich sei, ob der Herr Kaplan mitgehe oder nach Hause gehen werde. Der Verstorbene habe bei Lebzeiten dem Verbandsangehörigen und zu ihnen gehalten, sie hätten daher so viel Ehrgefühl und Pietät, dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Ob der Herr Kaplan das gleiche tun wolle, sei ganz und gar seine Sache. Hierauf stellte sich der Herr Kaplan als Polizeibeamter bei Beerdigungen vor, wodurch sich aber die Leidtragenden nicht verblüffen ließen, sondern erklärten, trotz der neuen Wärdung und Titel, die sich der Herr Kaplan zulege, dem Verstorbenen die letzte Ehre erweisen zu wollen. Als der Sarg bereits auf den Wagen gesetzt worden war, erschien die Mutter des Verstorbenen, um

das Mitgehen der Leidtragenden mit der Fahne zu hindern. Da die Freunde des Verstorbenen diese Bitte nur als eine unangebrachte Sache des Kaplans ansahen, bestanden sie darauf, mitzugehen, worauf der Herr Kaplan mit dem Kreuzifix zurückblieb. Der Vorfall hat hier großes Aufsehen erregt, und wurde das Verhalten des Herrn Kaplans nicht gerade wohlwollend für ihn kritisiert. Man sieht hier aber wieder, wie tolerant die Herren vom Zentrum sind.

Segeberg. In der letzten Sitzung der Stadt-Kollegien wurde beschlossen, für die projektierte Bahn Segeberg—Lübeck 50 Aktien à 1000 Mk. zu übernehmen. Der städtische Haushaltungsplan für 1905 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 135 330 Mk., die Gemeinde- und Gemeindefiskus auf 270 Prozent der Grund-, Gebäude- und Gemeindefiskus auf 185 Prozent der Einkommensteuer festgelegt. Das Gehalt der Nachtwächter wurde um 100 Mark erhöht, ferner wurde beschlossen, den städtischen Beamten ihr Gehalt monatlich im Voraus zu zahlen. In einer außerhalb der Tagesordnung liegenden Besprechung wurde die Einführung einer Biersteuer angeregt.

Bremen. Rückläufige Sozialpolitik war es, als am 23. September 1904 die Behörde für Krankenversicherung in Bremen die Herabsetzung des ortsüblichen Tagelohns von 3,50 Mk. auf 3,20 Mk. für männliche Arbeiter und von 2 Mk. auf 1,80 Mk. für Arbeiterinnen verfügte. Unsere Genossen in der Bremer Bürgergesellschaft beantragten, diese Verfügung rückgängig zu machen und am vorigen Mittwoch kam der Antrag zur Verhandlung. Senator Stadländer rückständige Maßnahme. Die Behörde hatte über diese Gründe nichts verlauten lassen, erst durch den Handelskammerbericht war über jene etwas in die Öffentlichkeit gelangt. Der Herr Senator vertiet, daß man aus Anlaß der Krankentafelgesetz Novelle zu der neuerlichen Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns gekommen sei. Am 29. November 1903 habe der Reichsfiskus an alle Bundesregierungen ein Schreiben erlassen, in dem als wünschenswert bezeichnet wurde, daß überall im deutschen Reich eine neue Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns erfolge. In dem Schreiben sei auch die Grenze zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern gezogen, aber nicht sehr genau. Das Gesetz spreche nur von gewöhnlichen Tagelohnarbeitern. Da habe sich die Bremer Behörde nach Einziehung von Grundangaben bei der zuständigen Hamburger Behörde dahin entschieden, daß für die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns jene Arbeiter in Betracht kämen, welche die Ansangslöhne verdienten, die für sich vom Lande kommende Arbeitskräfte in der Stadt bezahlte werden. Dabei sei man noch nicht einmal so weit wie die Hamburger Behörde gegangen, die nur die niedrigsten Löhne der erwähnten Tagelohnarbeiter in Anschlag gebracht habe. Dann habe man auch nicht wie früher den ermittelten Tagelohn mit 300 multipliziert, sondern man habe die Zahl der Tage, an denen wirklich in den für die Ermittlung herangezogenen Betrieben gearbeitet wurde, mit den ermittelten Löhnen multipliziert. Diese neue Berechnungsart sei gewählt worden, weil man eingesehen habe, daß man früher falsch rechnete, weshalb man damals zu einem ortsüblichen Tagelohn für Bremen kam, der höher als in irgendeiner anderen deutschen Stadt war. Der Herr Senator vertiet ferner, daß man unglücklicherweise — und deshalb nicht mit Absicht — nur die Großindustriellen außer etwa 300 Arbeitgebern befragt hatte, die nachweislich in Bremen die niedrigsten Löhne zahlten. Es seien auch Arbeiter befragt worden. Demgegenüber konnte der sozialdemokratische Redner gewichtige Gründe ins Feld führen, die für die früher beobachtete Ermittlungsart des betr. Lohnes sprachen und bewiesen, wie die Behörde in sozialpolitischer Rücksichtigkeit gehandelt hatte. Schließlich wies er noch hin auf die Bedeutung des ortsüblichen Tagelohnes und erreichte so mit seinen Ausführungen, daß der sozialdemokratische Antrag angenommen wurde. Ob die Annahme dieses Antrages die Herabsetzung des ortsüblichen Tagelohnes rückgängig machen wird, bleibt abzuwarten. Der Senat wird sich jedenfalls sträuben, und es wäre nicht das erste Mal, daß die Bürgergesellschaft schließlich vor dem Senat die Waffen streckte. Einstweilen war die Annahme ihres Antrages aber ein Erfolg für unsere Genossen.

Stadthalle.

Letztes Gastspiel des Bremer Stadthallen-Ensembles. Maria Friedländer, Schauspiel in 3 Aufzügen von Heinrich Lilienfeld. Mit einem bedeutenden künstlerischen Erfolge ging das Gastspiel des Bremer Stadthallentheaters zu Ende. Zwar hatte die rührige Reklame hier und da vielleicht größere Hoffnungen in Bezug auf die Aussicht von Lilienfeld erweckt, als später verwirklicht wurden, immerhin begegnete uns in dem jungen Autor eine durchaus ernst zu nehmende und durch die Sicherheit ihres Bühnenschnittes hervorstrahlende Kraft. Maria Friedländer behandelt das Problem des Glaubens in konfessionell gemischten Ehe, aber es wird nicht rein zum Anstrich gebracht; aber die dramatisch befriedigende Lösung geht Lilienfeld mit einem billigen Salto ins Sentimental-Theatralische hinweg. Als Ueberraschung läßt das Stück noch den Mangel an gereifter Persönlichkeit vermissen, der durch noch so große Macht der Bühnenfeste nicht verdeckt werden kann und sich äußerlich auch durch die schlauhe Stilleinheit kundgibt. Immerhin: das Drama enthält Szenen von unverkennbarer dichterischer Veranlagung, und zumal verrät es, wie schon erwähnt, einen nicht gewöhnlichen Blick für das Bühnenwirkliche. So dürften wir noch oft Gelegenheit finden, uns mit dem Namen Lilienfeld zu beschäftigen. Geleitet wurde von allen Darstellern sehr brav, und für eine feine abgeordnete Inszenierung hatte Herr Direktor Erdmann-Jesniker Sorge getragen, wobei die Wiedergabe in jeder Beziehung befriedigte. — Den Abend schloß der flott gespielte Erdmann-Jesniker'sche Schraus-Galopp „Gewonnen“, der sich in anpruchsvoller Weise den Namen „Lustspiel“ nannte. H.

Sechste Nachrichten.

München. Von der Geliebten erlöset. Auf einem Balle in den Zentralsälen entstand zwischen einem 23jährigen Osthändler und seiner Geliebten ein Wortwechsel, in dessen Verlauf das Mädchen dem Osthändler ein Messer in die Herzgegend steckte. Als die Täterin ihr Unheil sah, wurde sie von einer Nervenlähmung befallen. Der ins Krankenhaus geschaffte, schwerverletzte Osthändler starb bald darauf.

Koblenz (Rheinprovinz). Drei Menschen verunglückte. Auf der der Vereinigungsgesellschaft gehörenden Grube „Gouleg“ wurden ein Steiger, ein Hilfssteiger und ein Arbeiter verunglückt. Obgleich die Räumungsarbeiten sofort energisch in die Hand genommen wurden, vermochte man die Verunglückten nur als Leichen aus Tageslicht zu befreien.

Karlsruhe. Inmord? In Waldhut wurde die Leiche der sechsundzighrigen Karoline Reinholdt aufgefunden. Es scheint ein Lustmord vorzuliegen. Der Oberkörper wies mehrere Stichwunden auf. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Triest (Mähren). Vier Personen ertranken. Infolge Zusammenstoßes kenterte ein Personen- Kahn. Vier Insassen ertranken.

Newyork. Einsturz in einer Kirche. Die "Frankfurter Zeitung" meldet: In Brooklyn in einer Pasterkirche stürzte bei einer Leichenfeier der Fußboden ein. Sehn Personen wurden getötet, 50 schwer verletzt.

Aus Nah und Fern.

Von einem Posten angefahren. In der Nacht zum Montag schob der Posten auf dem Gelbbahndepot beim Bahnhof Deventer-Pont in Mex nach dreiwöchigem Kurus, worauf keine Antwort erfolgte, auf den Kavaler Bogenez aus Wolpny bei Mex. der sich auf dem Heimweg befand, und verwundete ihn schwer.

Seeunfall. Nach einer Kollision aus Kapstadt ist der englische Dampfer "Dee" auf der Fahrt von Kapstadt nach Angra Puzos bei der Kapregion gescheitert. Man glaubt, alle Mann an Bord sind umgekommen. Schiff und Ladung ist verloren.

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen an
Aug. Kölzow und Frau.
geb. Brunn.

Dienstagmorgen 4 1/2 Uhr entlich nach langem schwerem Leiden unser kleiner lieber einziggeliebter Max im zarten Alter von 11 Monaten. Tief betrauert von den Eltern, Großeltern und allen Verwandten und Bekannten.
M. Eichbaum.

Arnimstraße 39b.
Die 1. abgeschlossene Etage mit Balkon an der Vorderfront. 3 Stuben, eine Kammer mit allem Ansehen.
Eine Zweifamilienwohnung mit Kammer und allem Ansehen.
Näheres bei der Parterre bei Winkelmann.

Zu vermieten sofort oder später ein Laden mit Wohnung. Größe 400 M., Gürtel 121. Albers hat die 1. Etage.

2 gleiche elegante Damen- u. 1 Herren- Masken 2. Zug billig zu vermieten
Schönhaferstraße 3

Ein aparter sauberer Damen- Masken- Zug zu vermieten
Friedrichstraße 49 I.

Gesucht vor sofort
ein junger Bursche.
Schluter, Albersstraße 40.

Gesucht vor einige Wochen
eine ordentliche Frau
zur Hilfe einer verwitweten Rentnerin
Königsstraße 49

Schneiderin sucht Beschäftigung
in Haus
Gartenstraße 13. III

Gründet eine Schlechterlektion
in Schöneberg und Tempelhof
O. H. Reining, Stockelsdorf.

Eine guterb. Schreibschreibbarre
zu kaufen gesucht
Königsstraße 49 I.

Handharmonika
mit 6 Klaviern zu verkaufen
Königsstraße 49 I.

Ein recht guter Tisch u. kl. Stühle
zu verkaufen
Königsstraße 49 I.

Groß und kleine Konigstra
zu verkaufen
Königsstraße 49 I.

Blumen- und Gemüse- Sämereien
in keimfähiger Ware
Königsstraße 49 I.

Reinh. Büsen
Arnimstraße 1a.

Halbfleisch
Pfd. 10 Pfg.

Wilh. Carstens

Gemüse-Konjerven
von der Frau Charlotte Engel-Lübeck

Reinh. Büsen
Arnimstraße 1a.

Reinh. Büsen
Arnimstraße 1a.

Reinh. Büsen
Arnimstraße 1a.

Reinh. Büsen
Arnimstraße 1a.

Alleenbrand in New Orleans. Die "Abkassige Zeitung" meldet aus Newyork vom 27. Februar: In New Orleans richtete ein Brand für fünf Millionen Dollars Schaden an. Die Strichsand Docks und die Endstation der Illinois Zentralbahn, im ganzen 12 Gebäude mit Ladeneinrichtungen und Schuppen, sowie 21 Getreideelevatoren, lauter Gebäude moderner Bauart, sind mehr oder weniger vollständig zerstört, infolgedessen wird die Getreideausfuhr in diesen Punkten unterbrochen.

Über 75 Gebäude wurden durch ein Feuer in St. Springs (Arkans.) eingeschert. Der Verlust wird auf 1 1/2 Millionen Dollars geschätzt. 10 000 Einwohner sind obdachlos.

Quittung.
Für die vorleidenden Bergarbeiter im Ruhrrevier gingen ferner ein: W. G., Genierstraße 3, — Mt. Bergarbeiter-Verband, 4. Rate 20.— Mt. Bereits quittiert 7853,83 Mt. Summa 7881,83 Mt.

In der gestrigen Quittung muß es heißen: Bereits quittiert in Nr. 50 7831,63 Mt. statt 7832,63 Mt. Summa 7853,83 Mt. statt 7857,83 Mt.

Die Exped. des "Lübecker Volksboten".
Briefkasten.
Grundelgentümer. Nach unserer Meinung muß die Stadtwasserkunst die Kosten tragen.

Streichung-Vorschlag.
Hamburg 28. Februar.
Der Schweinehandel verliert mittelmäßig. Zugeschrieben wurden 3550 Stück, Wres. Gengschmeisler — Mt. Verbandschmeisler, schwere 59-60 Mt., leichte 57-58 Mt., Sauen 52-57 Mt. und Ferkel 48-54 Mt. pro 100 Pfund.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Ferdinand Lassalle's

» Reden und Schriften.

Neue Gesamt-Ausgabe.
Herausgegeben
im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
von **Ed. Bernstein.**

Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mt. —,20.

Bandausgabe:

Band I: geheftet Mt. 2,50, in Leinen gebunden Mt. 3,—	in Halbfranz gebdn. (Tiebhabeereinband) „ 4,—
Band II: geheftet Mt. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50	in Halbfranz gebdn. (Tiebhabeereinband) „ 5,50
Band III: geheftet Mt. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—	in Halbfranz gebdn. (Tiebhabeereinband) „ 5,—

Jur. Genehmigung der geistlichen Entschickung und des Reichens der deutschen Sozialdemokratie in diese Gesamtausgabe unanfechtlich. Der erste Band ist mit einem Straßbildportrait Lassalle's geschmückt.

Schweinefütter
(Mittelsabfälle, Molken) können abgeholt werden.
Kaas-Meierei.

Von der internationalen Bibliothek
erste Serie

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mt. 2,—
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	„ „ 2,50
Bebel, Charles Genier,	„ „ 2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	„ „ 1,50
Kautsky, Das Erfurter Programm,	„ „ 2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	„ „ 2,50
Stepniak, Der russische Bauer,	„ „ 2,—
Mehring, Die Lejning-Legende,	„ „ 3,50
H. Lux, E. Gabet und der kirchliche Kommunismus	„ „ 2,—
Plechanow, N. S. Tschernichewski,	„ „ 3,—
Fr. Engels, E. Döring's Umwälzung der Wissenschaft	„ „ 3,—
Dietzgen, Das Königtum der Philosophie und die Wissenschaft über Logik	„ „ 2,—
C. Hago, Die englische Gewerkschaftsbewegung	„ „ 2,—
K. Marx, Revolution und Counter-Revolution in Deutschland	„ „ 2,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung Zimmerer!

Verbands-Versammlung
am Donnerstag den 2. März 1905
abends 8 1/2 Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Gesellen-Anschluß.
 2. Bauhofspolizei.
 3. Kartellbericht.
 4. Jüngere Verbandsangelegenheiten.
 5. Fragekasten und Verschiedenes.
- Wegen Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
- Der Vorstand.**

Zwei Streitende. Es heißt: „Es muß gerächt werden.“
Streitende. 1) Zernierung stammt von dem französischen Worte zerner und hat, wie dieses, die Bedeutung des Umzingelns. 2) Die reinen Fremdwörter werden gewöhnlich lateinisch geschrieben, nicht aber die verdeutschten wie z. B. zerniert.
Stammisch. Ist uns nicht bekannt.

Arbeiter, Genossen!

Unterstützt nach Möglichkeit die Bergarbeiter.

Streichung-Vorschlag.
Hamburg 28. Februar.
Der Schweinehandel verliert mittelmäßig. Zugeschrieben wurden 3550 Stück, Wres. Gengschmeisler — Mt. Verbandschmeisler, schwere 59-60 Mt., leichte 57-58 Mt., Sauen 52-57 Mt. und Ferkel 48-54 Mt. pro 100 Pfund.

Va. Magdb. Sauerfohl
per Pfd. 15 Pfg.
empfiehlt
Reinh. Büsen
Arnimstraße 1a.

Georg Behnek
— Farg-Magazin —
Leidenwäsch.
Warendorpsstr. 4.

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Bruchbarkeit beim Essen.
Teilzahlung gestattet.
M. Marks, Zahnkünstler, Mühlenstr. 28.

Abteilung Parteigenossen!
Am Freitag den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Herrn L. Paetau, Packerburg, eine Parteiführung statt.
Sämtliche tätigen Genossen müssen am Platze sein!
Die monatliche Vereinsversammlung für Monat März fällt der vorzunehmenden Agitationstour halber aus.
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.
Gegründet 1894.

Monats - Versammlung
am Donnerstag den 2. März
abends 8 1/2 Uhr präzis
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Abteilung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 3. März
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Voh-Kommission über die seitgekauenen Lohnverhandlungen.
2. Beratung der Anträge zum Verbandstag.
Am zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Donnerstag den 2. März.
Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
169. Vorstellung. 28. Donnerstags-Abonnement.
Die Fledermaus.
Freitag den 3. März. 160. Vorstellung.
Benefiz f. Kapellmeister Josef Trummer
Gastspiel von Marie Seiffert
1 hochdramatische Sängerin vom Stadttheater in Bremen
Götterdämmerung.

Das hier angeführte Verzeichnis ist nur ein provisorischer Vorschlag der Genossen mit Rücksicht auf die Anzahl der Artikel und Nachzügler sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Paul Schmidt, Johannes Stilling, — Sachverständiger Redakteur für die Artikel „Bibel und Nachzügler“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Paul Schmidt, Redakteur: Theodor Scharf — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Soziales und Parteileben.

Auch eine Untersuchung. Auf der Besche Neumühl bei Dierhansen rächte ein Arbeiter eine Beschwerde wegen mangelhafter Wetterführung ein. Seitens der Ministerialkommission ist der Beschwerdeführer wohl vernommen worden, aber die Bergbehörde hat den Mißstand in der Grube noch nicht untersucht!!! In der Nacht vom 21. zum 22. Febr. wurde nun mit Hochdruck zur Beseitigung des Mißstandes gearbeitet. Am folgenden Morgen wurde der Beschwerdeführer zu einer Konferenz bestellt, und da nun alles in Ordnung war, forderte der Direktor den Arbeiter auf, entweder seine Beschwerde zu widerrufen oder sofort zu kündigen. Der Arbeiter hat darauf dem Direktor schriftlich folgendes geantwortet: „Bezüglich meiner Angelegenheit bin ich geneigt, im Interesse der Wahrheit und Sicherheit des Betriebes ergebenst mitzuteilen, daß ich meine Behauptung nicht zurücknehmen kann. In der fraglichen Arbeit war bis gestern nicht genügend Licht vorhanden. Erst am 21. cr. sind die nötigen Maßnahmen getroffen worden. Man hat den zu hoch gegangenen Wetterüberbau aufgeräumt und in der Sohlbahn einen Wetterverschlag mehr angebracht und die anderen Wetterverschläge repariert, sowie den Wetterzug, der ebenfalls teils verschüttet war (im Dremberg), aufgeräumt. Infolge dieser am 21. cr. vorgenommenen Reparaturen ist eine Besserung der Luftzufuhr eingetreten, was auch meinerseits nicht bestritten wird, aber der von mir angegebene Mißstand hat in der Tat bestanden. Ich bitte: Herr Direktor wolle veranlassen, daß ich bei der Befahrung des Herrn Einfahrers zugezogen werde.“

Streik des vom Bergarbeiterstreik. Die Dörmsunder „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht folgende Strafvorsatzung:

Nr. 912 der Strafvorsätze für 1905.

Straf-Vorsatzung.
Sie haben in Ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglied des vor etwa 14 Tagen in Bödinghausen gebildeten Streikbureaus eines Vereines, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, es unterlassen, binnen 3 Tagen der Ortspolizeibehörde die Statuten des Vereines sowie das Mitgliedsverzeichnis einzureichen.

Die Unterbrechung wird bewiesen durch Zeugnis des Polizeikommissars Müller und Polizeiergeanten Fischer.

Es wird deshalb hiermit gegen Sie auf Grund der §§ 2 und 13 d. V. S. vom 11. 3. 00 eine bei der Amts- kasse von Rarzel zu Händen des Rentamtes Herrn Kloster- hörter zu Casnop zu erlegenden Geldstrafe von 15 Mk., an deren Stelle, wenn Sie nicht beigetragen ist, eine Haft von 3 Tagen tritt, festgesetzt. Auch sind an Postkasten 20 Pf. zu entrichten.

Amt Rarzel zu Casnop, den 31. Januar 1905.
Die Polizei-Verwaltung.

An
den Knappschäfermeister Herrn
Karl Husemeier
zu Bödinghausen 11.

Die Verfügung ist ein Beweis dafür, daß der Streik der Polizeiverwaltung in Rarzel keine Arbeit verursacht hat. Er hat ihr vielmehr Zeit gelassen, eine Monstrosität aus- zubringen, die überlegen ist.

Stimmensache „Großmutter“. Der Großindustrielle H. Sittens stiftete für die nollenden Vergleiche der Besche „Dammhaus“, „Witzregent“ und „Kassanlin der Große“ weitere 24000 Mk. — Eine hitere Ironie!

Der Arbeiterwilligenklub blüht — auch ohne Zuschussgeld! Es ist eine Lust zu leben — für Arbeits- willige, Juristen und Polizisten! In Rbin-Ehrenfeld streiken die Metallarbeiter der Fabrik von Bahja. Am Dienstag wurden sieben Streikposten ein- gesperrt. Sobald ein Streikposten den Kopf aus dem Streikbureau herausstreckt, hat die Polizei Willkür, und wehe ihm, wenn er, nachdem er dreimal oder noch öfter pro-

Tag protokolliert wird, der Aufforderung, die Theodorstraße zu verlassen, nicht Folge leistet. Der Streikposten wird von der Stunde an bis zum Schluß der Fabrik des Herrn Bahja in's Sperrhaus gesperrt. Es wird den Lesern noch in frischer Erinnerung sein, daß beim Holzarbeiterstreik in der Herbrand'schen Waggonfabrik ein ebenfalls dort ein- gesperrter Streikposten sich infolge der Beschaffenheit dieses Ortes vor Gel übergeben mußte. Auch unseren Streik- sündern wurde es nicht erspart — einzelne bis zu neun Stunden — in diesem Stall über die vielgeprüfene preussische Koalitionsfreiheit nachzudenken. Wie es in den Köpfen einzelner Polizeiorgane aussieht, mag der Ausdruck des Schuhmanns Kloßes zeigen, der erklärte: „Die Kerle alle eingesperrt; dann ist der Streik zu Ende!“ „Nehmen Sie den Kerl mit“, oder: „Zigarrenkummel aus der Schnauze“, sind Bemerkungen, die die inhaftierten Streikposten zu hören Gelegenheit hatten. Bemerkte sei noch, daß gegen das will- kürliche Vorgehen der Polizei Beschwerde beim Regierungs- präsidenten und dem Ministerium eingereicht ist. — In Essen wurde am 31. Oktober 1904 ein Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes verhaftet wegen Ver- trachtens der Körperverletzung an einem Arbeitswilligen. Erst nach zehn Tagen gelang es dem Verhaftigten, die Aufhebung des Haftbefehls durchzusetzen. Am 9. Februar erhielt er nun die Nachricht, daß das gegen ihn ein- geleitete Strafverfahren eingestellt sei. Wer entschädigt jetzt den Mann für die elftägige Unterjochungs- haft; wer gibt ihm die 120 Mk. zurück; wer gibt ihm Genugtuung dafür, daß ihn der Untersuchungsrichter gescholten abführen ließ? Posadowsky hat recht: Wir leben in einem Staate mit den ausgedehntesten Rechtsgarantien!!! Über die Beschaffenheit des schwebendstündigen Arbeitswilligen, dem der verhaftete Holz- arbeiter Körperverletzungen beigebracht haben sollte, wird jzt bekannt, daß derselbe kürzlich selbst inhaftiert wurde, weil er seine Frau verprügelt und Skandal verursacht hatte. Es geht doch nicht über diese braven Arbeitswilligen! Wieder- das Recht verzerren, als dem Streikbrechergesindel zu nahe treten!

Wachmannswert für alle Fabrikanten. Seltene Mühsal hat ein Weipensfelder Schiffsfabrikant auf die Gesundheit der Streikposten. Der Schiffsfabrikant H. Schlegel hat vor seiner Fabrik ein Schilderhaus aufgestellt für den Streikposten, jedenfalls damit dieser gegen Lawitter geschützt ist. Im Tageblatt heißt's im Fiserat:

Uchlung!
Der Aufenthalt in der am Eingange zu meiner Fabrik aufgestellten Schutzhütte ist nur dem jeweiligen Streikposten gestattet. Heintz Schlegel.
Wir hätten gar nichts dagegen, wenn dies nachgeahmt würde, die Arbeiter wüßten dann, woran sie sind.

Wer hat Laß? 20000 Arbeiter werden — wie eine Vogelschrecke — lautlos — zu außer- gewöhnlichen (!) Löhnen und unter sehr günstigen Bedingungen für den Bau eines zweiten Seiles der ostfälischen Bahn von Agenten der russischen Regierung in Deutschland angeworben gesucht.

Landeszentrale der Gewerkschaften in Holland. In Holland hat, wie das Korrespondenzblatt zu melden weiß, der Niederländische Diamantarbeiterverband Schritte unternommen zur Gründung einer neuen, die große Mehr- zahl der Gewerkschaften umfassenden Landeszentrale. Ver- anlaßt wurde sein Vorgehen durch das Fikular der National- arbeitssekretariats, das die Arbeiter zum Austritt aus den dem Sekretariat fernstehenden Gewerkschaften und zum Ein- tritt in die angebotenen, bezw. zur Gründung neuer Ge- werkschaften auffordert. Dem Sekretariat gehören aber nur etwa 5000 Arbeiter an, während 25 000 modern organisierte Arbeiter außerhalb des Sekretariats stehen, darunter gerade die größeren Verbände. Am 26. Februar soll eine Gewerk- schaftskonferenz im Verbandshause der Diamantarbeiter in-

Amsterdam stattfinden, zu der die Gewerkschaftsvertreter der Bäcker, Buchbinder, Buchdrucker, Molkereiarbeiter, Tabakarbeiter, Hafnarbeiter, Eisenbahner, Gemeindefahrer, Maler, Möbelschreiner, Tapezierer, Textilarbeiter und Zimmerer geladen sind.

Abgelehnt. Von einigen „demokratischen“ Wortführern in Mannheim war an die Sozialdemokratie das An- sinnen gestellt worden, gemeinsam mit der Demokratie eine große Demonstrationssammlung zugunsten der russischen revolutionären Bewegung zu arrangieren. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei lehnte das Ansinnen kurz und bestimmt ab mit der Begründung, daß es der So- zialdemokratie unmöglich sei, mit der Demokratie in irgend einer Frage gemeinsame Sache zu machen, nachdem die letztere sich in einigen Landtagswahlbezirken mit dem Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie verbündet haben. Die Demokraten verzichteten daraufhin natürlich auf die Versammlung, denn sie allein hätten kaum einige Duzend Teilnehmer zusammengetrieben.

Wegen öffentlicher Beleidigung ist am 10. April v. J. vom Landgericht Bielefeld der Redakteur der „Volksmacht“, E. Hoffmann, zu einer Geldstrafe von 50 Mk. verurteilt worden. Er hatte unter der Spitz- marke „Gerabzu empörend“ mitgeteilt, daß einer Unter- ibr beizüglichen Kind durch einen Polizeibeamten und drei andere Personen mit Gewalt weggenommen worden sei; es schiene seitens der vier Personen Rinderraub und Hausfriedensbruch vorzuliegen. Hierdurch soll der An- geklagte die erwähnten Personen beleidigt haben. Gewalt ist tatsächlich angewendet worden; auch handelte der Beamte nicht auf Grund eines Verdictbefehles; das Gericht hat selbst anerkannt, daß das beliebte Verfahren nicht allent- halben legal gewesen sei. Mit Rücksicht hierauf erklärte das Reichsgericht die Revision des Angeklagten für be- gründet, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Paderborn.

Partei-Preffe. Mit dem Ausbau der „Kugaburger Volkszeitung“ zu einem allgemeinen schwäbischen Parteiorgan beschäftigte sich eine Konferenz von Reputierter Geroffen. Der Plan wurde ausgiebig erörtert und schließlich ein Komitee gewählt, das zunächst eine Konferenz schwäbischer Geroffen zur weiteren Verfolgung des Planes voranzuführen soll.

In Friedrich Schillers Gedächtnis erscheint in diesem Jahre an Stelle der „Kugaburger Volkszeitung“ eine reich illustrierte Zeitung, die Schiller, als dem größten Vor- kämpfer der bürgerlichen Revolution Deutschlands, gewidmet ist. Je mehr sich die bürgerliche Welt von heute unter Führung eines Ministers Studt bemüht, die Schiller Fete zu einem leeren Schaugepränge lyantischer Entartung zu gestalten, um so wichtiger ist es für die Sozialdemokratie, den bürgerlichen Revolutionär in seiner Kraft und Reinheit dem deutschen Volke darzustellen. Statt der widerwärtigen bürgerlichen Schillerlegende, die die Gestalt des kämpfenden und ringenden Dichters in einem blassen und schwächlichen Ideologen zu verkümmern sucht, bebaue dies Jahr, in welches der hundertjährige Todestag Schillers fällt, der Schiller- wahrheit. Die Buchhandlung „Vorwärts“ hat deshalb, statt zum Mal eine Schiller Festschrift herauszugeben, diese Publi- kation an die Märzfelder geknüpft, denn in der Revolution von 1848 wurde doch wenigstens ein Hauch von Schillers Geist wehlich und lebendig. Die Festschrift wird diesmal 16 Seiten umfassen, besonders reich geschmückt mit dokumen- tarischen Bildern sein und das Wesen und Wirken des Dichters, des Philosophen, des Historikers, möglichst um- fassend in einer Reihe von Einzelansichten darstellen. Die Herstellung wird auf seinem Papier in braunem Tondruck erfolgen. Der Preis für die Nummer ist 20 Pf.

Aus Nah und Fern.

Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Graf Nebenlotz hatte die „Norddeutsche Zig.“ verlegt, weil

Miraja.

Ein nordischer Roman von Theodor Mügge.

(91. Fortsetzung.)

Die grimastigen Blitze, welche Marstrand auf den Stein warf, der manchen blutige Opfer gesehen haben mochte, erschütterten den hässlichen Mann. Ein schreckliches Gebanke floß durch seinen Kopf, daß er ohnmächtig selber dem schwarzen Höhen geschlachtet werden könnte, wenn er sich weigere, Afrajas Willen zu erfüllen, allein sein Stolz und seine Ehre sträubten sich vor einer huchlerischen Unterwerfung. Er begann darum mit vieler Ruhe Afraja nochmals von jeder Gewaltmaßnahme abzumachen und stellte eine laßtliche Unter- suchung über die Möglichkeit des Gelingens eines Aufsteh- versuchs an, die damit endete, daß er bewies, jene könne nicht glücken. Dagegen aber schilderte er mit eindringlicher Wahrheit die verhängnisvollen Folgen, welche sich daran knüpfen. Alle gehässigen Verläumdungen, alle Anschuld- ungen gegen den unglücklichen Volkshamm würden denn erst vollen Glanz finden. Niemand würde mehr seine Stimme erheben können, um ihn zu verteidigen; alle Schreden einer fanatischen Verfolgung würden nun erst recht herein- brechen und eine Verantstaltung unter dem größten Veruche das Ende sein.

„Du willst dein Silber bieten, um dein Vaterland frei zu lassen,“ sagte er zuletzt, „und doch gehst du selbst ein, daß damit nur neues, giftige Gift aufgewirbelt würden. Wenn es wahr wäre, daß, wie Paul Petersen behauptet, im Schöße dieser Gebirge reiche Silberader verborgen liegen, die du allein kennst, so hätte dich, des Märchen etwa gläubiger zu machen. Um Perns Silber haben die Spa- nier ganze Dörfer geschlachtet, und geldgierig ist der Vogt von Travnö nicht allein, er würde Verachten genug finden auch in Kopenhagen. Ganze Dörfer würden kommen, um diese Schätze zu entdecken, und was küße es dir, die Stch-

händler zu vertreiben, um weit schärferen Nachfolgern Fleck zu machen.“

Afraja hatte aufmerksam zugehört, und verstandentlich schen er die Gültigkeit seines Wortes anzuerkennen. — „Habe Geduld,“ so schloß dieser seine Rede, „wie auch ich Geduld habe. Meine Lage ist wahrlich unglücklich genug, und du hast mir letzten Trost geben können, hast mir im Gegenstand gezeigt, daß ich ein vornehmer Mann bin. Dennoch aber verzweifle ich nicht. Ich will auszubauern fahren, und Gott, der die Hilfe der Schwachen ist, wird mich den Weg er- kennen lassen, den ich gehen muß. Ich werde Hilfe finden, werde mich selbst nach Travnöheim und Kopenhagen wenden und sei dann überzeugt, Afreja, daß ich auch für dich dort meine Stimme erheben werde, so weit sie irgend reicht.“

Der alte Stammvater beharrte einige Minuten lang im Schwitzen, dann begann er, als habe er von Marstrands Bekehrungen nichts gehört, da fortzufahren, wo er aufge- hört hatte.

„Wenn wir diese vertreiben haben,“ sagte er, „dann ist es Zeit dafür zu sorgen, daß keine anderen kommen. Deine Worte sind in meinem Gedächtnis, und du hast recht, wir können dies Land nur besitzen, wenn wir selbst Handel trei- ben und in festen Wohnsitzen wohnen. Aber, sage mir, warum wir es nicht könnten? Wir verstehen mit den Neuen eben so wohl umzugehen wie mit der Hirtenleute und dem Gewehr des Jägers. Wir haben unseren Verband von dem Arbeiter erhalten und wissen ihn zu gebrauchen. Unsere Hände sind geschickt zu vielen Dingen. Wer nicht noch so seine Schätze, wer macht so bunte Märkel, wer fertigt so schöne Tische und Krüge? Warum sollten wir nicht auch Schiffe und Häuser bauen können? Warum sollten wir nicht zum Fischfang auf die Kojoden und bis nach Bergen fahren können? Warum sollten wir nicht gedulden und gern ge- sehen werden?“

Marstrand nickte ihn voll Bewunderung an. Was Afreja sagte, klang gerecht und gut, aber dennoch war es

ein Drama, ein Märchen, unabhätlich zur Wahrheit zu machen, unabhätlich anzuführen. Wie sollten diese halb- wilden Mannsthirten, diese Jäger des Gebirges, dieser tief verachtete, herabgewürdigte, seit uralten Zeiten verkümmerte Menschenstamm sich zu der Zivilisation erheben, die nötig war, um ein handarbeitendes, stehendes, ackerbauendes Volk daraus zu machen?

Ein Gefühl des tiefsten Mitleides ergriff den jungen Mann, denn Afrajas Fragen hatten etwas Rührendes. Sein Gesicht hatte sich bereitet, aus seinen Augen leuchteten die Gedanken, die seinen Kopf erfüllten.

„O Afreja!“ rief er aus, „wäre doch Gott, ich könnte glauben, daß das alles wirklich geschehen könnte, daß es kein Volk verachtete, sich aus der Niedrigkeit auzurichten. Ja, wären sie alle wie du und wie Mortuus, doch sieh hin, wie die meisten sind — laß ab davon, alter Mann, es ist zu spät!“

„Du spät!“ murmelte der Greis, indem er sein Haupt sinken ließ; dann aber sah er hinauf zu der schwarzen Mit- telklippe und deren sonnenrotem Rand und sagte ent- schlossen: „Subinal hilft dir und mir, du darfst nicht ver- zagen. Du hast Gulas Herz gewonnen, ihre Lippen sind bläb geworden, ihre Augen dunkel von Thränen. Du hast den Weg zu ihr gefunden, weil Gott es so wollte. Nimm sie als dein Weib mit allem, was ich habe, und gib mir deine Hand zum Pfande, daß du treu sein wirst.“ — Er strich seine Hand aus, doch Johann blieb regungslos sitzen.

„Höre mich an,“ sagte er, „und zürne nicht. Gula ist mir lieb, ich könnte vieles für sie wagen, aber mein Weib kann sie nicht sein — niemals!“

Afraja sah ihn starr an, seine rötlichen Augen erblickten einen wilden Sturz. — „Was tat sie dir?“ fragte er.

„Nichts! Ich ehre sie, halte sie wert wie eine Schwester, und nun frage nicht mehr — ein anderes Weib hat meine Liebe und wird sie haben, bis ich tot bin.“

